

Hat Westdeutschland ein Standortproblem?	653
Polen: Realwirtschaftliche Erfolge — Monetäre Probleme	662

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 38/95

Berlin

Stöcklin

21. September 1995

62. Jahrgang

Hat Westdeutschland ein Standortproblem?

Die Standortdebatte, die im Zuge des konjunkturellen Abschwungs von 1992/93 eingesetzt hatte, wurde weitaus heftiger geführt als zuvor. Hierzu hat nicht nur die Schärfe der Rezession beigetragen. Die Unternehmen sahen sich in den letzten Jahren durch die zunehmende Konkurrenz auf den Weltmärkten und die anhaltende Aufwertung der D-Mark auch einem starken Anpassungsdruck ausgesetzt. Beides — das rasche Umkippen des Vereinigungsbooms in die Rezession und der strukturelle Anpassungsbedarf — hat die Unternehmen verunsichert. Dies war der Nährboden für eine Lageanalyse, die kaum kritischer hätte ausfallen können. Im Mittelpunkt stehen drei Befürchtungen:

- Die hohen inländischen Kosten würden es den Unternehmen zunehmend schwerer machen, sich im internationalen Wettbewerb zu behaupten. Beklagt werden ein im internationalen Vergleich außergewöhnlich hohes Lohnniveau, kurze Arbeits- und Maschinenlaufzeiten, inflexible Arbeitsmärkte, Überbürokratisierung, eine im internationalen Vergleich überdurchschnittlich hohe Steuerbelastung der Unternehmen, sehr hohe Strompreise und kostentreibende Umweltschutzaufgaben.
- Westdeutschland habe als Investitionsstandort deutlich an Attraktivität verloren: Wesentlich mehr Investitionen werden von Deutschen im Ausland als von Ausländern in Deutschland getätigt. Vor allem der EU-Binnenmarkt und die Marköffnung in Osteuropa seien für viele Unternehmen ein Anreiz, Fertigungsstätten und damit Arbeitsplätze in Länder mit niedrigeren Kosten zu verlagern.
- Westdeutschland falle bei Herstellung und Export von Spitzentechnologie zunehmend hinter die USA und

Japan zurück. Nicht zuletzt wegen bürokratischer Hemmnisse und einer unzureichenden Risikobereitschaft der Unternehmen und Banken drohe ein Abstieg in die technologische Zweitklassigkeit.

Folglich gerate die deutsche Wirtschaft — so beispielsweise eine von der baden-württembergischen Landesregierung beauftragte „Zukunftskommission Wirtschaft 2000“ — mehr und mehr zwischen die Mühlensteine der Niedriglohnländer einerseits und der Hochtechnologie-länder Japan und USA andererseits. Der untere Mühlenstein drohe, Schicht für Schicht die klassischen deutschen Produktionen wegzureiben, der obere Mühlenstein diejenigen der Hochtechnologie-Branchen¹. Wolle Deutschland auch künftig im härter werdenden internationalen Wettbewerb bestehen, sei eine tiefgreifende Anpassung notwendig: durch zurückhaltende Lohnabschlüsse über mehrere Jahre, eine stärkere Lohndifferenzierung, flexiblere Arbeitsmärkte, längere Maschinenlaufzeiten, eine spürbare Steuerentlastung der Unternehmen, mehr Wettbewerb im Energiesektor, verstärkte Innovationen, weniger staatliche Regulierung in neuen Wachstumsbranchen und eine Abkehr von weitverbreiteten Technikvorbehalten in Politik und Gesellschaft. Der Standortbericht der Bundesregierung² und das von ihr in die Wege geleitete Standortsicherungsgesetz zielen in diese Richtung.

¹ Aufbruch aus der Krise: Bericht der Zukunftskommission Wirtschaft 2000, erstellt im Auftrag der Landesregierung von Baden-Württemberg, hrsg. vom Staatsministerium Baden-Württemberg, Stuttgart, August 1993, S. 11.

² Deutscher Bundestag, 12. Wahlperiode, Bericht der Bundesregierung zur Zukunftssicherung des Standorts Deutschland (Drucksache 12/5620, September 1993), S. 29-35.

Aus der hier vorgelegten Analyse zu Kernthesen der Standortdebatte lassen sich keine Rückschlüsse auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit einzelner Branchen ziehen. Die neuen Bundesländer werden ausgeklammert³.

Wo steht Westdeutschland heute?

Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit eines Landes spiegelt sich in der gesamtwirtschaftlichen Arbeitsproduktivität. Betrachtet man die Produktivitätsentwicklung in den letzten vier Jahrzehnten, läßt sich eine starke Annäherung der Produktivitätsniveaus der führenden OECD-Länder beobachten (Schaubild 1)⁴. Sie liegen heute näher beieinander als je zuvor. Dies läßt sich auf einen Aufholprozeß Westeuropas und Japans gegenüber den USA zurückführen, in dem Westdeutschland seine relative Stellung ständig verbessert hat. In den 50er Jahren schloß die westdeut-

sche Wirtschaft die kriegs- und nachkriegsbedingte Lücke zu den meisten westeuropäischen Ländern. In den 60er Jahren wurde Westdeutschland Teil eines immer dichter werdenden Mittelfeldes der Industrieländer. In den 70er Jahren stieg es in das obere Mittelfeld auf. Anfang der 90er Jahre konnte Westdeutschland, begünstigt durch den Vereinigungsboom und das schwache Produktivitätswachs-

³ Vgl. hierzu Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsfortschritte in Ostdeutschland, 13. Anpassungsbericht des DIW, des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle und des Instituts für Weltwirtschaft, Kiel. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 3/95.

⁴ Für Schaubild 1 wurde der logarithmische Maßstab gewählt, weil erst hierdurch relative Niveauunterschiede erkennbar werden. Gleiche Abstände in mehreren Jahren entsprechen gleichen relativen Produktivitätslücken zwischen einzelnen Ländern. Lassen sich die Produktivitätsniveaus eines Landes in verschiedenen zu einer Geraden verbinden, kann zudem auf eine konstante Wachstumsrate geschlossen werden.

Tabelle 1

Produktivität, Pro-Kopf-Einkommen und Lebensstandard 1992 Westdeutschland = 100 (BIP und Verbrauch in Kaufkraftparitäten)

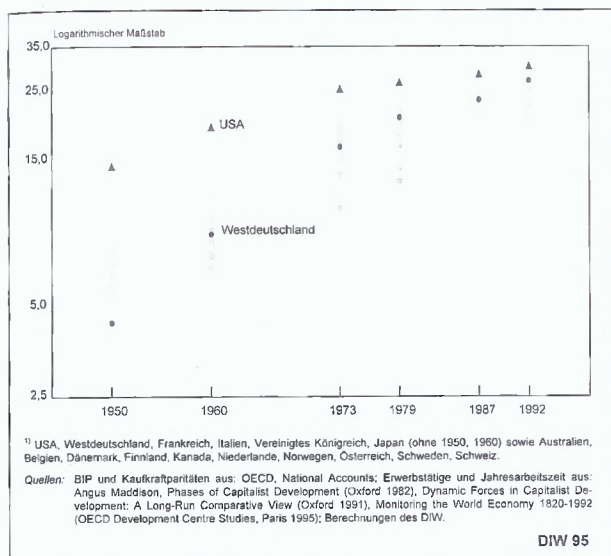
	BIP je			Lebensstandard			nachrichtlich
	Arbeits- stunde	Erwerbs- tätigen	Einwohner	Verbrauch ¹⁾ je Einwohner	Jahres- arbeitszeit ²⁾	Einkommens- verteilung ³⁾	Arbeits- losenquote ⁴⁾
Frankreich	108	107	93	99	1 542	6,5	10,4
Belgien	108	109	92	95	1 581	4,6	7,7
USA	107	109	113	128	1 589	8,9	7,3
Niederlande	102	87	85	86	1 338	5,6	5,6
Westdeutschland	100	100	100	100	1 563	5,7	4,6
Schweiz	94	99	112	109	1 645	8,6	2,9
Norwegen	92	87	90	90	1 465	5,9	5,9
Österreich	90	91	91	90	1 576	—	3,6 ⁵⁾
Italien ⁶⁾	90	86	89	96	1 490	6,0	10,5
Kanada	89	94	91	101	1 656	7,1	11,3
Vereinigtes Königreich	88	84	82	94	1 491	6,8	10,1
Schweden	80	77	83	91	1 515	4,6	4,8
Australien	77	80	79	86	1 631	9,6	10,7
Dänemark	74	78	89	92	1 638	7,1	—
Spanien	73	90	65	69	1 911	5,8	18,1
Finnland	72	75	73	80	1 643	6,0	13,0
Japan	71	85	98	87	1 876	4,3	2,2
Neuseeland	—	74	70	73	—	8,8	10,4
Irland	— ⁷⁾	— ⁷⁾	65	65	1 700	—	15,5
Portugal	50	54	56	60	1 700	—	4,1
Griechenland	48	53	42	51	1 720	—	—
Mittelwert ⁸⁾	85	86	84	88	1 614	6,6	8,4

¹⁾ Private und öffentliche Verbrauchsausgaben. — ²⁾ Durchschnittliche Jahresarbeitszeit je Erwerbstätigen (in Stunden; einschließlich Teilzeitbeschäftigte). — ³⁾ Anteil des verfügbaren Einkommens vor Steuern der oberen 20 vH der Haushalte im Verhältnis zu den unteren 20 vH. — ⁴⁾ Standardisierte Werte nach OECD. — ⁵⁾ Nationale Statistik. — ⁶⁾ BIP und Erwerbstätige beziehen die unterstellte Schattenwirtschaft ein; um die Vergleichbarkeit mit den anderen OECD-Ländern zu verbessern, wurden das BIP und der Verbrauch um 3 vH vermindert. — ⁷⁾ Daten über Erwerbstätige unzuverlässig. — ⁸⁾ Ungewichtet.

Quellen: BIP und Verbrauch in Kaufkraftparitäten: OECD, National Accounts; Bevölkerung, Arbeitslosenquote: OECD, Labour Force Statistics; Erwerbstätige, Jahresarbeitszeit: Angus Maddison, Monitoring the World Economy 1820-1992 (OECD Development Centre Studies, Paris 1995), Tabelle J-2, J-4; Einkommensverteilung: UNDP, Human Development Report 1994, Tabelle 28; Berechnungen des DIW.

Schaubild 1

**Produktivitätsentwicklung
In den führenden OECD-Ländern¹⁾ 1950 bis 1992**
Bruttoinlandsprodukt je Arbeitsstunde
in Kaufkraftparitäten-Dollar von 1990



tum in den USA, erstmals in die Spitzengruppe vorstoßen. Nur die USA, Frankreich, Belgien und die Niederlande hatten 1992, auf Stundenbasis gerechnet, eine höhere Arbeitsproduktivität (Tabelle 1).

Japan wird häufig als Beispiel für eine wirtschaftlich besonders erfolgreiche Volkswirtschaft herausgestellt⁵. Bemerkenswert ist daher, daß Japans gesamtwirtschaftliche Stundenproduktivität — im Unterschied zum Pro-Kopf-Einkommen — immer noch deutlich unter derjenigen in den anderen führenden OECD-Ländern liegt. Die Unterschiede ergeben sich durch die längere Jahresarbeitszeit und die höhere Erwerbsquote der Bevölkerung. Die niedrige gesamtwirtschaftliche Stundenproduktivität erklärt sich durch den Strukturdualismus der japanischen Wirtschaft⁶: Auf der einen Seite erzielt Japan in den exportorientierten Branchen wie der Investitionsgüterindustrie mittlerweile eines der weltweit höchsten Produktivitätsniveaus⁷. Auf der anderen Seite sind weite Teile der japanischen Wirtschaft, vor allem die Branchen mit schwacher Weltmarkteinbindung, ausgesprochen ineffizient⁸.

Gemessen am privaten und öffentlichen Verbrauch je Einwohner hatte Westdeutschland im Jahr 1992 unter den OECD-Ländern einen der höchsten Lebensstandards. Nur die USA und die Schweiz hatten eine bessere Position. Unter Berücksichtigung der wesentlich ungleicheren Einkommensverteilung in den USA und in der Schweiz muß der westdeutsche Lebensstandard noch höher eingeschätzt werden. Dabei liegt die durchschnittliche jährliche Arbeitszeit nur wenig unterhalb des OECD-Durchschnitts. Zwar ist die tariflich vereinbarte Wochenarbeitszeit hierzulande niedriger als in vielen anderen Industrieländern, zugleich ist Teilzeitarbeit aber weniger verbreitet.

Der Westen Deutschlands hatte im Jahr 1992 eine der niedrigsten Arbeitslosenquoten der OECD-Länder, obgleich das Arbeitsangebot in Westdeutschland vereinigungsbedingt stark zugenommen hatte. Die Arbeitslosenquote ist gegenwärtig zwar wesentlich höher als in den 60er und frühen 70er Jahren; sie liegt aber nach wie vor deutlich unterhalb derjenigen in anderen EU-Ländern⁹ und nur etwas oberhalb derjenigen in den USA (Schaubild 2). Gemessen an der Arbeitslosenquote gibt es mittlerweile größere Gemeinsamkeiten zwischen Westdeutschland und den USA als zwischen Westdeutschland und der übrigen EU.

Auch wenn der Westen Deutschlands heute — gemessen am Produktivitätsniveau — zu den effizientesten Wirtschaftsräumen der Weltwirtschaft zählt, lebt er möglicherweise bereits längst über seine Verhältnisse — so eine Kernthese der Standortdebatte.

⁵ Vgl. etwa den jährlich veröffentlichten „World Competitiveness Report“, der Japan jahrelang als die „international wettbewerbsfähigste“ Volkswirtschaft klassifiziert hat.

⁶ Ähnlich M. E. Porter, The Competitive Advantage of Nations, New York 1990, S. 394, 421.

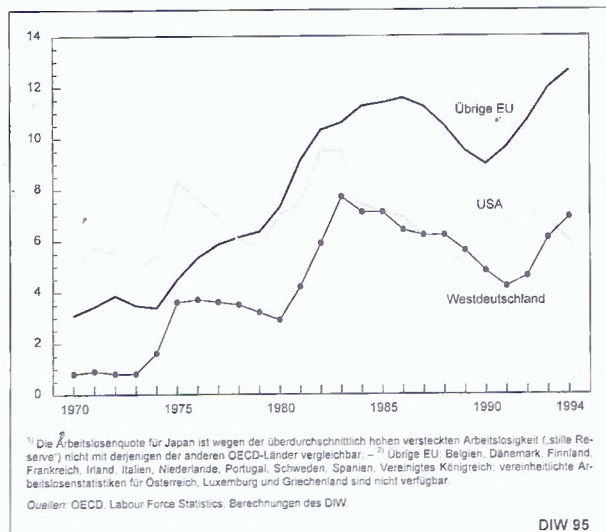
⁷ B. van Ark, D. Pilat, Productivity Levels in Germany, Japan, and the United States: Differences and Causes, Brookings Papers on Economic Activity, Microeconomics 2, 1993: 1-69; McKinsey Global Institute, Manufacturing Productivity, Washington, D.C. 1993.

⁸ D. Pilat, The sectoral productivity performance of Japan and the U.S., 1985-1990, Review of Income and Wealth 39 (1993), S. 365-366.

⁹ Ein etwas ungünstigeres Bild ergibt sich, wenn die deutsche Arbeitslosenstatistik zugrunde gelegt wird. Nach der vereinheitlichten Definition der OECD werden nur die tatsächlich Arbeitsuchenden als Arbeitslose erfaßt (geschätzt durch Mikrozensus), während die deutsche Statistik alle bei den Arbeitsämtern als arbeitslos gemeldeten Erwerbspersonen einbezieht.

Schaubild 2

**Vereinheitlichte Arbeitslosenquoten im Vergleich¹⁾
1970 bis 1995:**
Westdeutschland, übrige EU²⁾ und USA



Ist das inländische Kostenniveau zu hoch?

In den 80er Jahren blieben die Reallohnsteigerungen überwiegend deutlich hinter den erwirtschafteten Produktivitätszuwächsen zurück. Infolgedessen sank die bereinigte Lohnquote bis Anfang der 90er Jahre unter den Stand in den 60er und frühen 70er Jahren (Schaubild 3). Die westdeutschen Lohnstückkosten¹⁰ — gemessen in Landeswährung — stiegen von 1973 bis 1994 um 94 vH, diejenigen der wichtigsten Konkurrenzländer um 270 vH. Dies ermöglichte eine im internationalen Vergleich deutlich niedrigere Inflationsrate. Bleibende preisliche Wettbewerbsvorteile konnten durch diese günstige inländische Kostenentwicklung freilich nicht gewonnen werden. Außerhalb des Europäischen Währungssystems (EWS) führte die Entwicklung der Lohnstückkosten zu einer starken Aufwertung der D-Mark; im EWS kam es zu einer Aufwertung der D-Mark, darüber hinaus zu einer Anpassung an die westdeutsche Kosten- und Preisentwicklung.

Westdeutschland hat folglich nicht über seine Verhältnisse gelebt¹¹. Indes dreht sich die Standortdebatte nicht nur um die Veränderung, sondern auch um das *Niveau* der inländischen Kosten. Dieses sei eindeutig zu hoch. Folglich habe der Westen Deutschlands im Vergleich zu den Konkurrenzländern einen entschiedenen Wettbewerbsnachteil. Träfe dies zu, müßte die deutsche Wirtschaft *vor allem* im Handel mit den dynamischen Niedriglohnländern in Südostasien, Süd- und Osteuropa ins Hintertreffen geraten. Denn hohe inländische Kosten, insbesondere hohe Löhne, haben — so die Logik der Standortthese — zur Folge, daß in Deutschland zunehmend Arbeitsplätze den Importen aus Niedriglohnländern zum Opfer fallen, während es den Exportbranchen immer schwerer fällt, ihre teuren Erzeugnisse in diese Länder abzusetzen.

Schaubild 3

Bereinigte Lohnquote¹¹ in Westdeutschland 1960 bis 1994

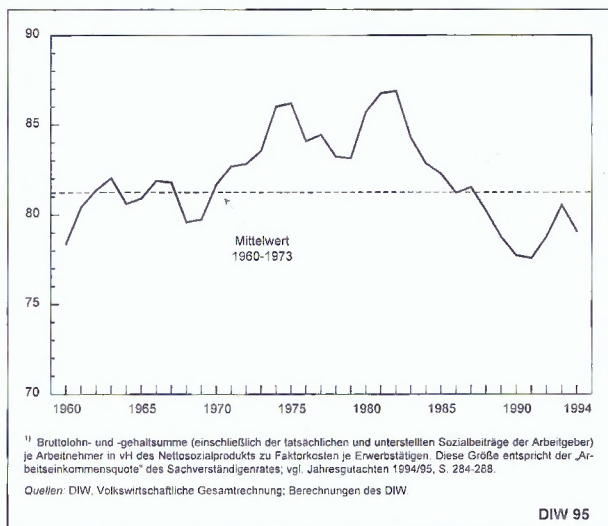
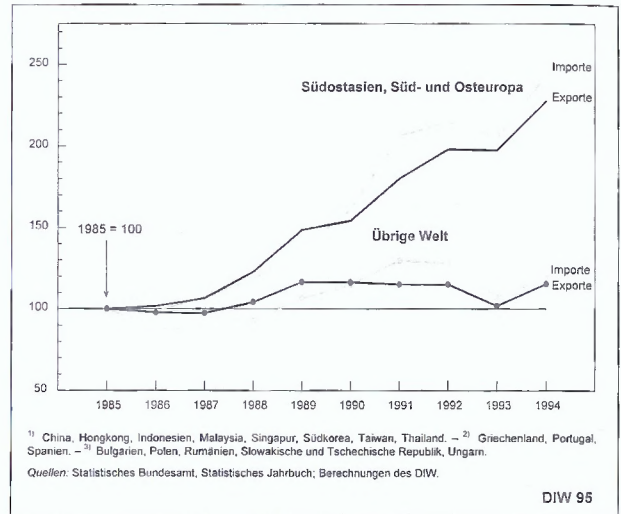


Schaubild 4

Westdeutschlands Außenhandel mit Südostasien¹⁾, Südeuropa²⁾ und Osteuropa³⁾ im Vergleich zum Außenhandel mit der übrigen Welt 1985 bis 1994

1985 = 100; Warenexporte und -importe in laufenden Preisen



Indes ist eine solche Vermutung unzutreffend. Von 1985 bis 1994 stiegen sowohl die Exporte nach als auch die Importe aus Südostasien, Süd- und Osteuropa wesentlich rascher als der Handel mit dem Rest der Welt (Schaubild 4). Besonders stark nahmen die westdeutschen Exporte nach Südkorea, Malaysia, Taiwan, Thailand, Polen und in die Slowakische und die Tschechische Republik zu — also durchweg in Schwellen- und Transformationsländer mit starker industrieller Basis und wesentlich niedrigeren Löhnen. Deutschland konnte seinen Marktanteil in Südostasien, Süd- und Osteuropa in den letzten zehn Jahren von 6,7 auf 8,3 vH steigern. Zudem ist die Handelsbilanz gegenüber dieser Ländergruppe gegenwärtig fast ausgeglichen¹². Damit erweist sich der erste Teil der Mühlstein-Metapher als unzutreffend. Im gleichen Umfang, in dem der Mühlstein der rasch wachsenden Niedriglohnkonkurrenz die unteren Schichten arbeitsintensiver Produktionen weggerieben hat, schiedenen neue Exportmöglichkeiten in humankapital- und technologieintensiven Branchen. Im Exportgeschäft mit der Südostasien-Region konnte die westdeutsche Wirtschaft beispielsweise besonders starke Zuwächse bei Straßenfahrzeugen, Turbinen, verschiedener Elektrotechnik, Hütten- und Walzeinrichtungen, sonstigen Maschinenbauerzeugnissen und nicht-industriellen

¹⁰ Nominelle Stundenlöhne im Verhältnis zur Stundenproduktivität.

¹¹ Siehe beispielsweise Tendenzen der Wirtschaftsentwicklung 1993/94. Bearb.: Arbeitskreis Konjunktur. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 26-27/93.

¹² Der Westen Deutschlands exportierte 1994 Waren im Werte von 100 Mrd. DM (fob) in diese Länder und bezog Waren im Werte von 108 Mrd. DM (cif) aus diesen Ländern.

Chemikalien erzielen, auf die 1992 rund 35 vH ihres Absatzes in dieser Region entfielen. Für Osteuropa gilt ähnliches.

Aus ökonomischer Sicht überrascht dieses Ergebnis nicht, denn es bestätigt eine der ältesten wirtschaftswissenschaftlichen Erkenntnisse: das Prinzip der *komparativen* Kosten- und Produktivitätsvorteile. Es besagt, daß jedes Land — unabhängig von seinem absoluten Kostenniveau — diejenigen Güter exportiert, die es relativ am billigsten herstellen kann. Indem sich die Länder auf die Produktion solcher Güter spezialisieren, steigen die Realeinkommen aller am Handel beteiligten Länder.

Vielfach wird eingewendet, daß Handel mit Niedriglohnländern per saldo Arbeitsplätze vernichte, weil — bei ausgeglichener Leistungsbilanz — die im Exportsektor neu entstehenden Arbeitsplätze weniger arbeitsintensiv seien als die über Importe verloren gehenden. Dem ist entgegenzuhalten, daß die mit diesem Strukturwandel erzielte höhere Arbeitsproduktivität auch zu höherem Einkommen im Inland führt, das über Nachfrageeffekte zusätzliche Arbeitsplätze schafft.

Allerdings fallen bei einer sich verstärkenden weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung Kosten des Strukturwandels an. Oftmals entstehen dabei die neuen Arbeitsplätze nicht nur in anderen Sektoren, sondern auch in anderen Regionen und erfordern ein neues Qualifikationsprofil der Arbeitnehmer. Damit steigt die Arbeitslosigkeit in bestimmten Arbeitsmarktsegmenten, während sie in anderen abnimmt.

Investiert die westdeutsche Wirtschaft zu wenig?

Möglicherweise behindert ein hohes Kostenniveau die inländische Kapitalbildung und bietet damit einen Anreiz, Produktionsstätten in das Ausland zu verlagern. Die Statistiken zeigen indes, daß in den vergangenen zehn Jahren in Westdeutschland keineswegs weniger investiert wurde als anderswo. Vielmehr wurde überdurchschnittlich viel für Sachkapital, Humankapital und FuE ausgegeben (Tabelle 2). Zwar ist die westdeutsche Investitionsquote wesentlich niedriger als die japanische, aber etwas höher als die US-amerikanische, die italienische und die britische. In Frankreich wurde in vergleichbarem Umfang investiert. Besonders bei den Ausrüstungsinvestitionen, die von zentraler Bedeutung für die Verbreitung des technischen Fortschritts und damit für das Produktivitätswachstum sind, hat Westdeutschland einen deutlichen Vorsprung vor den angelsächsischen Ländern. Im Verhältnis zum Inlandsprodukt investiert die westdeutsche Wirtschaft sogar mehr in computergestützte Industrieautomation als die japanische. Bei den Investitionen in Forschung und Entwicklung gehört Westdeutschland zur Spitzengruppe, nicht jedoch bei den Investitionen in Humankapital.

Im Zuge des Vereinigungsbooms stieg die Investitionsquote der westdeutschen Unternehmen (Schaubild 5), während gleichzeitig erhebliche Ressourcen aus dem Westen in den Osten flossen. Hingegen war die US-amerikanische Investitionsquote von 1985 bis 1992 trotz vorausgegangener durchgreifender steuerlicher Entlastung der Unternehmen rückläufig; sie nahm erst im Zuge der günstigen Konjunktorentwicklung in den beiden letzten Jahren

Tabelle 2

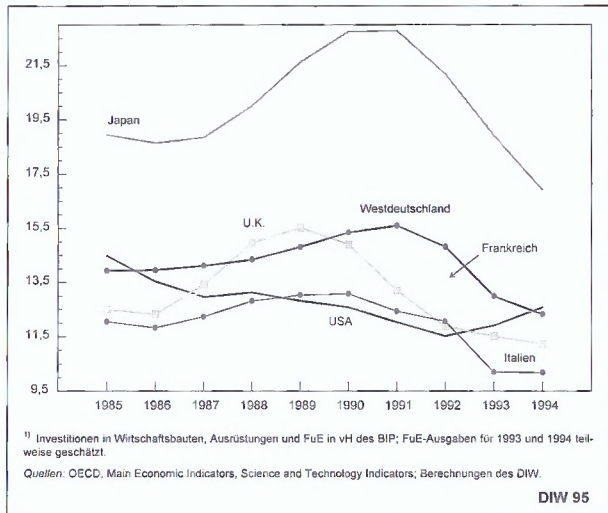
Investitionen und Leistungsbilanzsaldo 1985 bis 1992 in vH des BIP; Mittelwert

	Investitionen							Leistungsbilanzsaldo ⁶⁾
	Gesamt ¹⁾	Sachanlagen	Ausrüstungen	Industrieautomation ²⁾	Bildung ³⁾	FuE ⁴⁾	nachrichtlich: Privatsektor ⁵⁾	
Japan	37,7	29,9	12,1	0,8	5,0	2,9	28,9	0,8
Frankreich	28,1	20,3	9,1	0,6	5,4	2,3	19,5	−0,8
<i>Westdeutschland</i>	28,0	20,1	9,0	1,0	5,1	2,8	21,5	6,6 ⁷⁾
USA	27,0	17,5	7,8	0,7	6,7	2,8	19,5	−1,8
Italien	26,0	19,9	9,7	0,6	4,8	1,2	17,9	−1,9
Vereinigtes Königreich	24,7	18,0	8,2	0,6	4,5	2,2	18,0	−1,5

¹⁾ Bruttoinvestitionen; ein kleiner Teil der Bildungs- und FuE-Ausgaben entfällt auf Anlageinvestitionen, so daß sich geringfügige Doppelzählungen ergeben. — ²⁾ Nur 1991; computergestützte Konstruktion und Design, computergestützte Produktionsanlagen, automatisierte Materialbehandlung und -überprüfung, Software. — ³⁾ Ausgaben öffentlicher und privater Einrichtungen; ohne ausbildungsbedingte Einkommensausfälle. — ⁴⁾ Einschließlich staatlicher FuE-Ausgaben und -Subventionen. — ⁵⁾ Investitionen in Sachanlagen, FuE und Bildung des nichtstaatlichen Sektors (teilweise Schätzungen des DIW). — ⁶⁾ Nach Definition der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. — ⁷⁾ 1990-1994 einschließlich Leistungsbilanzüberschuß gegenüber den neuen Bundesländern.

Quellen: OECD, National Accounts, Education Statistics, Science and Technology Indicators; Ausgaben für Industrieautomation aus OECD, The OECD Jobs Study: Evidence and Explanations — Part I (Paris: 1994), S. 134; westdeutscher Leistungsbilanzsaldo aus VGR-Statistik des DIW; Berechnungen des DIW.

Schaubild 5
Investitionsquote¹⁾ des Unternehmenssektors 1985 bis 1994



wieder zu. Auch nach mehr als einem Jahrzehnt angebotsorientierter Wirtschaftspolitik liegt die britische Investitionsquote nach zwischenzeitlichen Erfolgen wieder unterhalb der westdeutschen. Der Rückgang der westdeutschen Investitionsquote im Zuge der Rezession von 1992/93 fiel wie in anderen Ländern deutlich aus. Ein ähnliches Bild ergab sich indes auch für 1994, dem ersten Jahr des Aufschwungs. Doch ist auch dies kein spezifisch deutsches Phänomen.

Vor dem Hintergrund dieser günstigen Position Westdeutschlands zu wichtigen Konkurrenzländern relativiert sich die vielfach als Standortchwäche interpretierte Tatsache, daß in den letzten zehn Jahren in erheblichem Umfang Kapital exportiert worden ist. Der Nettosaldo der Direktinvestitionen entsprach von 1990 bis 1994 rund 1 vH des deutschen Inlandsprodukts, damit knapp 5 vH der in Deutschland getätigten Anlageinvestitionen der Unternehmen¹³.

Absehbar ist, daß deutsche Unternehmen auch in Zukunft arbeitsintensive Fertigungsverfahren aus Kostengründen in Niedriglohnländer verlagern werden. Vielfach wird befürchtet, das inländische Lohnniveau gerate hierdurch insgesamt unter Druck. Dies ist unwahrscheinlich, denn hierfür müßten die inländischen Investitionen soweit sinken, daß das bestehende Produktivitätsniveau nicht mehr aufrechterhalten werden kann. Möglicherweise hat ein Kapitalexport jedoch einen nachteiligen Einfluß auf die inländische Investitionsquote. Damit würde sich das *Wachstum* der Produktivität verlangsamen. Dies setzt allerdings voraus, daß die Kapitalbilanz grundsätzlich die Leistungsbilanz bestimmt. Die Entwicklung Westdeutschlands spricht jedoch dafür, daß der zunehmende Leistungsbilanzüberschuß, d.h. das raschere Wachstum der Exporte im Verhältnis zu den Importen, eher Ausdruck von Wettbewerbsstärke war: In der zweiten Hälfte der 80er

Jahre stiegen sowohl die Investitionsquote des Unternehmenssektors als auch der Leistungsbilanzüberschuß (Schaubild 6).

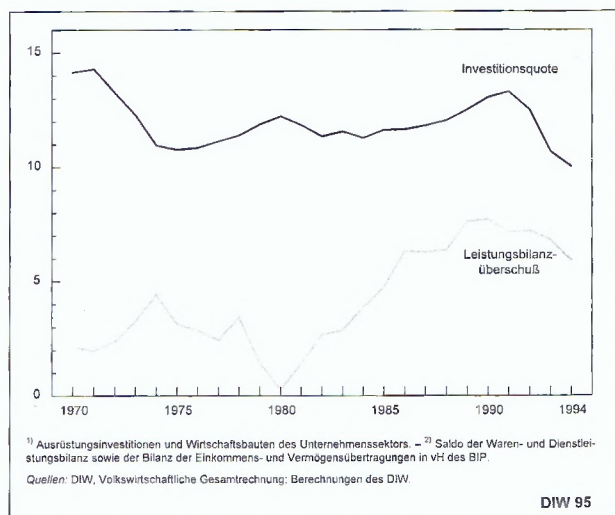
Verhindert eine „Flexibilisierung des Arbeitsmarktes“ die Verlagerung von Produktion?

Häufig wird argumentiert, eine weitere Verlagerung von Arbeitsplätzen in Niedriglohnländer könne durch eine Flexibilisierung des Arbeitsmarktes gebremst werden. Mit „Flexibilisierung des Arbeitsmarktes“ sind eine tendenzielle Ablösung der flächendeckenden Branchentarifverträge durch unternehmensbezogene Tarifverträge, niedrigere Gehälter für untere Lohngruppen und wiederbeschäftigte Arbeitslose, vereinfachte Kündigungsregeln und ein Abbau von gesetzlich den Unternehmen auferlegten Sozialleistungen gemeint. Diese Flexibilisierung entspricht einer Lohnkostenentlastung der Unternehmen. Nutzen sie diese zur Verbesserung ihrer preislichen Wettbewerbsfähigkeit, kann dies — wie gerade auch in den Jahren 1994 und 1995 zu beobachten war — über kurz oder lang eine Aufwertung der D-Mark nach sich ziehen, so daß, in internationaler Währung gerechnet, der Preisvorteil wieder verloren geht.

Die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes ist weniger ein Instrument zur Standortsicherung denn ein Instrument zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Umstritten ist, wie stark es greift. Darüber hinaus kann eine Flexibilisierung des Arbeitsmarktes den Strukturwandel abfedern, weil

¹³ Deutsche Bundesbank, a.a.O.; DIW, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, Berechnungen des DIW.

Schaubild 6
Investitionen¹⁾ und Leistungsbilanz²⁾ in Westdeutschland 1970 bis 1994 in vH des BIP



Arbeitsplätze in den von ausländischer Niedriglohnkonkurrenz bedrohten Branchen zumindest zeitweilig gesichert werden können.

Ist Westdeutschland technologisch zurückgefallen?

Vielfach wird befürchtet, der Westen Deutschlands habe im internationalen Innovationswettbewerb den Anschluß an die Spitze verloren¹⁴, insbesondere bei zukunftsorientierten Technologien wie Mikroelektronik, Informationstechnik, neue Werkstoffe und Biotechnik. Zwar sei die westdeutsche Industrie nach wie vor stark bei den Technologien der zweiten industriellen Revolution (Chemie, Straßenfahrzeuge, traditionelle Elektrotechnik), nicht jedoch bei Technologien der dritten industriellen Revolution. Deutschland — und darüber hinaus Westeuropa — ziehe hier gegenüber der amerikanisch-japanischen Herausforderung regelmäßig den kürzeren¹⁵.

Auch viele empirische Studien scheinen darauf hinzuweisen, daß sich die technologische Leistungsfähigkeit der westdeutschen Wirtschaft seit Anfang der 80er Jahre verschlechtert hat. Sie messen dies anhand der außenwirtschaftlichen Spezialisierungsmuster bei technologieintensiven Gütern¹⁶; also den Strukturwandel innerhalb des Außenhandels.

Berechnet man dagegen die gesamte Wertschöpfung der Industriebranchen mit hoher und mittlerer Technologieintensität im Verhältnis zum Inlandsprodukt, schneidet Westdeutschland im internationalen Vergleich gut ab (Tabelle 3). Fast 6 vH der Wertschöpfung der westdeutschen Wirtschaft werden in den Branchen mit hoher und rund 12 vH in den Branchen mit mittlerer Technologieintensität erzeugt. Lediglich in Japan haben die Branchen mit hoher Technologieintensität einen größeren Anteil am Inlandsprodukt, nicht aber die Branchen mit mittlerer Technologieintensität. In den anderen OECD-Ländern und in Korea werden anteilmäßig deutlich weniger technologieintensive Güter hergestellt. Bei der Beschäftigung schneidet die westdeutsche Wirtschaft noch besser ab, was allerdings auf eine im Vergleich zur Gesamtwirtschaft niedrigere Arbeitsproduktivität zurückzuführen ist. Darüber hinaus ist Westdeutschland — zusammen mit den USA und Japan — der wichtigste Anbieter technologieintensiver Erzeugnisse auf dem Weltmarkt.

In Westdeutschland nahm der außergewöhnlich große Anteil der Branchen mit hoher Technologieintensität seit Anfang der 70er Jahre leicht ab, während er in Japan in der ersten Hälfte der 80er Jahre stark stieg und sich seither oberhalb des westdeutschen Anteilswerts stabilisierte (Schaubild 7). Mit Ausnahme von Italien hat sich der Anteil der Branchen mit hoher Technologieintensität in den anderen großen OECD-Ländern in den letzten zwei Jahrzehnten nicht allzu stark verändert. Bei den Branchen mit mittlerer Technologieintensität konnte einzig Westdeutschland den Anteil an der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung hal-

ten, während die Anteile in allen anderen Ländern rückläufig waren, besonders ausgeprägt in Frankreich, den USA, dem Vereinigten Königreich und Italien (Schaubild 8). Hinzu kommt, daß Westdeutschland in den einzelnen Warengruppen durchweg qualitativ hochwertige Güter exportiert — gleichgültig, ob diese Güter als mehr oder als weniger technologieintensiv klassifiziert werden¹⁷.

Die große gesamtwirtschaftliche Bedeutung der technologieintensiven Branchen in Westdeutschland erklärt sich durch den hohen Anteil des verarbeitenden Gewerbes am Inlandsprodukt. Dieser wiederum ist das Ergebnis einer langen, bis zur Jahrhundertwende zurückreichenden Spezialisierung der deutschen Wirtschaft als bedeutendster Technologielieferant Europas. Daß die westdeutsche Wirtschaft diese Stellung bei hohem Offenheitsgrad bis heute gehalten hat, ist das Ergebnis ihrer technologischen Leistungsfähigkeit¹⁸. Folglich erweist sich auch der zweite Teil der Mülstein-Metapher als unzutreffend. Im gleichen Umfang, in dem der Mülstein der Hochtechnologie-Konkurrenz *bestimmte* inländische Produktionen weggerieben hat, sind neue Exportmöglichkeiten für *andere* Hochtechnologie-Branchen entstanden. Von 1985 bis 1992 konnte

¹⁴ Bericht der Bundesregierung, a.a.O., S. 35.

¹⁵ K. Seitz, Die japanisch-amerikanische Herausforderung: Deutschlands Hochtechnologie-Industrien kämpfen ums Überleben, Bonn 1992.

¹⁶ Technologieintensiv ist eine Branche, die einen überdurchschnittlich hohen Anteil der FuE-Ausgaben am Umsatz oder an der Wertschöpfung hat (hier Wertschöpfung).

¹⁷ Technologische Leistungsfähigkeit der westdeutschen Wirtschaft trotz einzelner Schwachstellen unterschätzt. Bearb.: Dieter Schumacher, Kurt Hornschild, Florian Straßberger, Harald Traubold. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 33/95, S. 573.

¹⁸ Ebenda.

Schaubild 7

Wertschöpfung der Branchen mit hoher Technologieintensität¹⁾ in vH des BIP 1970 bis 1991

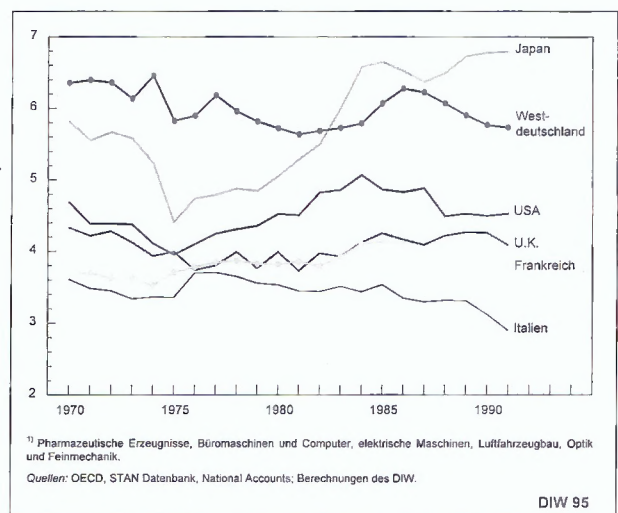


Tabelle 3

Gesamtwirtschaftliche Bedeutung technologieintensiver Branchen 1990 bis 1991
18 OECD-Länder und Südkorea

	Anteilswerte (in vH)			Absolute Wert (Gesamt, Mrd. US-Dollar)	
	hoch ²⁾	Technologieintensität ¹⁾ mittel ³⁾	Gesamt	Brutto- produktionswert	Export
<i>Bruttoinlandsprodukt</i>					
Japan	6,8	9,0	15,8	1 490	249
Westdeutschland	5,7	11,8	17,6	765	276
Südkorea	4,7	7,6	12,4	128	—
USA	4,6	5,2	9,8	1 529	262
Vereinigtes Königreich	4,2	5,0	9,2	296	121
Österreich ⁴⁾	4,0	7,9	11,8	50	23
Frankreich	3,9	7,2	11,1	349	126
Italien	3,0	5,6	8,6	316	87
Niederlande	2,9	6,6	9,5	82	71
Schweden	2,9	5,9	8,8	60	33
Spanien	2,3	6,8	9,0	114	32
Finnland	2,1	4,9	6,9	24	10
Belgien ⁴⁾	2,0	6,5	8,5	63	62
Kanada ⁴⁾	2,0	5,0	7,0	137	64
Dänemark ⁴⁾	1,9	4,9	6,8	20	14
Australien	1,5	4,2	5,7	55	7
Portugal ⁴⁾	1,4	3,2	4,6	13	5
Norwegen	1,2	4,0	5,2	21	10
Neuseeland ⁴⁾	0,7	4,4	5,1	6	1
<i>Erwerbstätige</i>					
Westdeutschland	5,9	10,9	16,9		
Japan	5,1	6,3	11,4		
Vereinigtes Königreich	3,9	6,0	9,9		
Frankreich	3,7	5,8	9,4		
USA	3,5	4,2	7,7		
Österreich ⁴⁾	3,4	6,1	9,5		
Südkorea	3,0	4,5	7,5		
Schweden	3,0	6,1	9,1		
Niederlande	2,3	3,7	6,1		
Italien ⁴⁾	2,2	5,2	7,4		
Finnland	2,1	4,6	6,7		
Dänemark ⁴⁾	2,0	6,4	8,5		
Spanien	1,8	5,4	7,2		
Belgien ⁴⁾	1,7	6,6	8,3		
Kanada	1,6	4,1	5,7		
Australien	1,5	3,3	4,9		
Neuseeland	1,3	4,0	5,3		
Norwegen	1,3	3,6	4,9		
Portugal ⁴⁾	0,9	2,7	3,6		

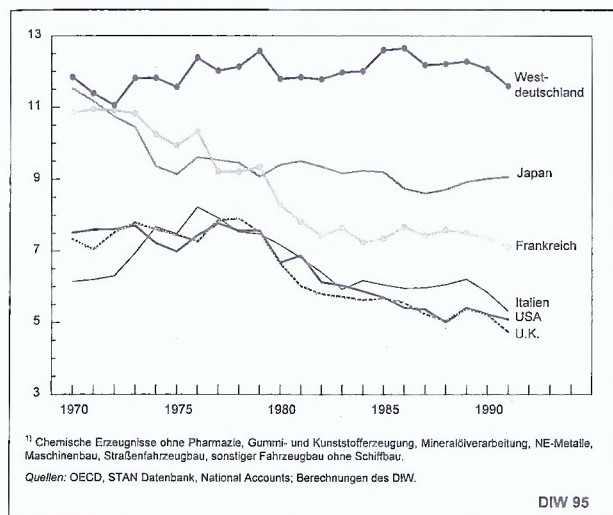
¹⁾ Die Technologieintensität wurde anhand des Anteils der FuE-Ausgaben an der Bruttowertschöpfung bestimmt; sie entspricht weitgehend der OECD-Klassifikation, erläutert in OECD, Industrial Policy in OECD-Countries 1992, Paris 1992, S. 124-125. —

²⁾ Pharmazeutische Erzeugnisse, Büromaschinen und Computer, elektrische Maschinen, Luftfahrzeugbau, Optik, Feinmechanik. — ³⁾ Chemische Erzeugnisse ohne Pharmazie, Gummi- und Kunststoffherstellung, Mineralölverarbeitung, NE-Metalle, Maschinenbau, Straßenfahrzeugbau, sonstiger Fahrzeugbau ohne Schiffbau. — ⁴⁾ Die Daten zu den Branchen mit hoher Technologieintensität sind unvollständig, so daß die Anteilswerte der Branchen mit mittlerer Technologieintensität überschätzt werden.

Quellen: OECD, STAN Datenbank, National Accounts; Berechnungen des DIW.

Schaubild 8

Wertschöpfung der Branchen mit mittlerer Technologieintensität¹⁾
in vH des BIP 1970 bis 1991



Westdeutschland seinen Export von elektrischen Maschinen, Luftfahrzeugen und Pharmazeutika besonders steigern. Bei den Branchen mit mittlerer Technologieintensität hat Westdeutschland seine Stellung sogar auf Kosten der anderen großen OECD-Länder ausgebaut.

Fazit

In der Arbeitsproduktivität gehört Westdeutschland heute zur Spitzengruppe der OECD-Länder, was weder in den 60er Jahren noch in den 70er und den 80er Jahren zutraf. Die westdeutsche Arbeitslosenquote ist zwar im Vergleich zu früheren Jahren hoch; gleichwohl liegt sie deut-

lich unter derjenigen in der übrigen EU und ist gegenwärtig kaum höher als diejenige der USA. Westdeutschlands Industrie war in den letzten zehn Jahren besonders erfolgreich beim Export in rasch wachsende Schwellen- und Transformationsländer mit wesentlich niedrigerem Lohnniveau. In den vergangenen Jahren wurde im Westen Deutschlands mehr investiert als in den USA, im Vereinigten Königreich und in Italien; überdurchschnittlich viel wurde für Ausrüstungen und für FuE ausgegeben. Technologieintensive Branchen haben in Westdeutschland nach wie vor eine weit überdurchschnittliche gesamtwirtschaftliche Bedeutung; nur Japan kann hier mithalten. Am bemerkenswertesten aber ist: Westdeutschland hat den vereinigungsbedingten Ressourcentransfer in die neuen Bundesländer ohne eine Verschlechterung der eigenen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit verkräftet.

Gewiß haben einzelne Unternehmen und Branchen Standortprobleme. Indes belegt der internationale und der längerfristige Vergleich, daß sich ihre wirtschaftliche Lage nicht auf die Gesamtwirtschaft übertragen läßt. Der wirtschaftliche Einbruch von 1992/93 und der sprunghafte Anstieg der Arbeitslosigkeit von 1993/94 waren weitgehend konjunkturbedingt; erschwerend kam die starke Aufwertung der D-Mark hinzu.

Der internationale Vergleich deutet darauf hin, daß die westdeutsche Wirtschaft den Strukturwandel der vergangenen Jahrzehnte besser bewältigt hat als viele andere Länder. Es spricht vieles dafür, daß Deutschland auch in Zukunft den Herausforderungen eines raschen weltwirtschaftlichen Strukturwandels gewachsen ist. Westdeutschland hat — wie andere Industrieländer auch — eine Reihe von wirtschaftlichen Problemen, die es zu lösen gilt. Nicht erkennbar ist, daß im Westen Deutschlands größere wirtschaftspolitische und unternehmerische Anstrengungen zur Standortpflege notwendig sind als in anderen OECD-Ländern.

Polen: Realwirtschaftliche Erfolge — Monetäre Probleme

Die Aufwärtsentwicklung der polnischen Wirtschaft hält auch 1995 an. Weiterhin sind die Exporte eine Triebfeder des Wachstums. Aber auch die Investitionstätigkeit zog in den ersten Monaten des Jahres 1995 verstärkt an; hier haben Steuer- und Abgabenerleichterungen wichtige Impulse gegeben. Eine stabile und kräftige Investitionsbelegung ist damit allerdings noch nicht gesichert. Ob es dazu kommt, wird in den nächsten Jahren in erheblichem Maße von geld- und lohnpolitischen Maßnahmen abhängen. Beide Politikbereiche blockieren sich aber gegenseitig: Einerseits steigen die Nominallöhne weiterhin sehr stark und halten damit die Inflationsrate hoch. Andererseits kann die Geldpolitik nicht durchgreifend gelockert werden, solange der Inflationssockel hoch und die Gefahr einer erneuten Beschleunigung der Preissteigerung groß bleibt.

Wirtschaftslage

Polen gehörte zu den ersten mittel- und osteuropäischen Staaten, die sich zu einer grundlegenden Reform des Wirtschaftssystems entschlossen hatten. Fünf Jahre nach Beginn der Transformation sind erhebliche realwirtschaftliche Erfolge zu verzeichnen: Die „Schocktherapie“ im Jahre 1990 brachte einen tiefen, aber nur kurzen Einbruch der Produktion mit sich. Bereits 1992 konnte Polen ein reales Wachstum ausweisen. Der Aufschwung hat sich 1994 weiter beschleunigt¹ (vgl. Tabelle 1); auch in den ersten sechs Monaten des Jahres 1995 scheint das Wachstum ungebrochen. Getragen wurde die wirtschaftliche Aufwärtsbewegung im Jahre 1994 und auch in den ersten Monaten dieses Jahres vor allem von einer deutlichen Steigerung der Exporte und der Investitionstätigkeit.

In den ersten fünf Monaten 1995 zogen die Exporte um 40 vH gegenüber der entsprechenden Vorjahresperiode

an (Tabelle 2). Das anhaltende Exportwachstum geht insbesondere auf die im Zuge des konjunkturellen Aufschwungs einsetzende Nachfrageexpansion aus Westeuropa zurück. Bedingt durch den starken Anstieg der Importe war das Handelsbilanzdefizit in den ersten fünf Monaten höher als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Überdurchschnittlich entwickelte sich der Handel mit der Bundesrepublik Deutschland (Exporte: +68 vH; Importe +47 vH). Da die außenwirtschaftlichen Ströme derzeit nur zu einem Teil statistisch erfaßt werden, dürfte die tatsächliche Export- und Importtätigkeit wesentlich kräftiger gewesen sein.

¹ Die Daten über die wirtschaftliche Entwicklung sind nach wie vor mit erheblicher Unsicherheit behaftet, die auch auf die schrittweise Umstellung der Statistik zurückzuführen ist. Das polnische statistische Amt hat bislang nur einen vorläufigen Näherungswert für das Wirtschaftswachstum 1994 ausgewiesen (etwa 5 vH). Vgl. Rzeczpospolita vom 9. Februar 1995.

Tabelle 1

Wirtschaftsentwicklung 1990 bis 1995 Veränderungen gegenüber der Vorperiode in vH

	1990	1991	1992	1993	1994	1. Halbjahr 1995 ¹⁾
Bruttoinlandsprodukt, real	—11,6	—7,0	2,6	3,8	5,0 ¹⁾	.
Industrieproduktion, real ²⁾	—24,2	—11,9	3,9	7,3	11,9	12,8
Agrarproduktion, real	—2,2	—1,6	—12,8	1,5	—10,0	.
Privater Verbrauch, real	—15,3	6,3	2,3	5,5	3,0	.
Bruttoinvestitionen, real	—10,0	—4,1	0,7	2,2	7,1	19,6 ³⁾
Nominallöhne	398,0	70,6	38,9	31,3	33,8	33,0
Reallöhne	—24,4	—0,3	—2,7	—2,9	1,1	0,5
Verbraucherpreise ⁴⁾	585,8	70,3	43,0	35,3	32,2	32,3
Erzeugerpreise (Industrie) ⁴⁾	622,4	48,1	28,5	32,3	25,3	29,4
Arbeitslosenquote ⁵⁾	6,3	11,8	13,6	16,4	16,0	15,2

¹⁾ Vorläufig. — ²⁾ Erfaßt werden Betriebe mit mehr als 5 Beschäftigten. — ³⁾ Januar bis Mai 1995 gegenüber Januar bis Mai 1994. — ⁴⁾ Jahresdurchschnitt. — ⁵⁾ Zum Periodenende.

Quellen: Nationale Statistiken; Berechnungen des DIW.

Tabelle 2

Außenwirtschaft 1990 bis 1995

	1990	1991	1992	1993	1994	Januar-Mai 1995
	Veränderungen gegenüber der Vorperiode in vH					
Export ¹⁾	56,8	4,1	11,5	7,3	21,9	39,8
Import ¹⁾	6,4	62,9	2,5	18,4	14,5	37,3
Handelsbilanzsaldo (Mill. US-\$)	4 794	—618	—2 726	—4691	—4 341	—1 840
Leistungsbilanzsaldo (Mill. US-\$) ²⁾	716	—1 359	—269	—2 329	—944	.
Wechselkurs Zloty / US-Dollar ³⁾	9 500	10 583	13 631	18 145	22 727	2,398
Wechselkurs Zloty / DM ³⁾	5 882	6 383	8 757	10 969	14 050	1,668
Bruttoverschuldung (Mill. US-\$) ⁴⁾	48 500	48 410	47 044	47 246	41 348	.

1) Auf US-Dollar-Basis. — 2) Angaben der Polnischen Nationalbank. — 3) Mittelkurs; mit Wirkung vom 1. Januar 1995 wurde ein (neuer) Zloty eingeführt. Die Währungsumstellung erfolgte im Verhältnis 10 000 Zloty (alt) = 1 Zloty (neu); Stand 1995: 1. Halbjahr. — 4) Stand: Dezember.

Quellen: Nationale Statistiken; Berechnungen des DIW.

Die Bruttoinvestitionen stiegen 1994 — erstmals seit Transformationsbeginn — schneller als das Bruttoinlandsprodukt. In den ersten fünf Monaten 1995 beschleunigte sich die Investitionstätigkeit erheblich und erreichte eine Rekordzuwachsrate von knapp 20 vH gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum. Wichtige Impulse für diese Belebung dürften — wie im Vorjahr — von der Finanzpolitik ausgegangen sein: Einerseits schafften weitere Verbesserungen der steuerlichen Abzugsfähigkeit Investitionsanreize, andererseits trugen Steuerentlastungen zu einer Verbesserung der Finanzsituation des Unternehmenssektors bei.

In den ersten sechs Monaten 1995 stiegen die Nominallöhne etwa so stark wie im Vorjahr (+33 vH). Im Jahre 1994 waren — erstmals seit Transformationsbeginn — Reallohnzuwächse realisiert worden. Ein moderater Anstieg der Reallöhne deutet sich auch für 1995 an. Überdurchschnittlich stiegen die Löhne in der Industrie (1994: +42 vH; 1. Halbjahr 1995: +38 vH). Bei nochmaligem Beschäftigungsabbau 1994 (3,2 vH) und nur geringfügigem Beschäftigungszuwachs im 1. Halbjahr 1995 hat sich die Produktivität in der Industrie weiter erhöht. Vorläufigen Schätzungen zufolge sind die Erzeugerpreise der Industrie erneut stärker gestiegen als die Lohnstückkosten²⁾ (vgl. Tabelle 3), so daß sich die Gewinnsituation in der Industrie verbessert hat.

Die Expansion der Industrieproduktion setzte sich in den ersten sechs Monaten des Jahres 1995 fort. Der Aufschwung erfaßte nahezu alle Branchen. Besondere Zuwächse hatten die Metallindustrie (+26 vH), der Maschinenbau (+22 vH), die Holz- und holzverarbeitende Indu-

strie (+19,2 vH), die Chemieindustrie (+17 vH) sowie die Elektroindustrie zu verbuchen.

Die Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Situation spiegelt sich in einem moderaten Rückgang der Arbeitslosenquote. Diese verharrt allerdings nach wie vor auf hohem Niveau. Regional sind deutliche Unterschiede auszumachen. Besonders betroffen sind die nördlichen und nord-östlichen Gebiete (mehr als 25 vH). Ballungsräume wie Warschau, Posen, Krakau und Kattowitz weisen dagegen einstellige Arbeitslosenquoten aus³⁾.

Der Verbraucherpreisanstieg blieb in den ersten sechs Monaten 1995 etwa so hoch wie im Vorjahr. Im Juni 1995 betrug der Zuwachs gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat knapp 31 vH. Wie auch 1994 gaben im ersten Halbjahr 1995 steigende Nahrungsmittelpreise und die Anhebung administrierter Preise dem allgemeinen Preisauftrieb deutliche Impulse⁴⁾. Allerdings erklären diese Veränderungen keineswegs das hartnäckig hohe Inflationsniveau. Verantwortlich für die anhaltende Preissteigerung

²⁾ Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Einheit des realen Bruttoinlandsprodukts.

³⁾ Stand Juni 1995: Warschau 5,4 vH, Posen 7,7 vH, Krakau 7,9 vH, Kattowitz 9,4 vH.

⁴⁾ Überdurchschnittlich stiegen im ersten Halbjahr 1995 gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat die Preise einzelner Grundnahrungsmittel: Im Juni lagen beispielsweise die Preise für Kaffee und Tee um 192 vH, für Butter um 64 vH und für Zucker um 65 vH über dem Niveau des entsprechenden Vorjahresmonats. Auch einzelne administrierte Preise zogen erheblich an: So verteuerten sich beispielsweise im ersten Halbjahr 1995 die Mieten um 54 vH.

Tabelle 3

Entwicklung der Lohnstückkosten, Preise und Produktivität in der Industrie 1991 bis 1995
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH

	1991	1992	1993	1994	1995 ¹⁾ 1. Halbjahr
Lohnstückkosten in der Industrie	89,9	34,8	22,8	24,8	20,6
Erzeugerpreise der Industrie ²⁾	48,1	28,5	31,9	25,3	29,4
Verbraucherpreise ²⁾	70,3	43,0	35,3	32,2	32,3
Produktivitätsentwicklung ³⁾	-3,1	10,9	12,8	13	11

¹⁾ Schätzung. — ²⁾ Jahresdurchschnitt. — ³⁾ Reale Industrieproduktion / Anzahl der Industriebeschäftigten.
Quellen: Nationale Statistiken; Berechnungen des DIW.

scheint vielmehr die Verfestigung von Inflationserwartungen. Diese resultiert zum einen aus den Erfahrungen. Zum anderen bieten Indexierungsmechanismen Orientierungspunkte: Als Untergrenze für die zu erwartende Inflationsrate dürfte beispielsweise die monatliche, vorangekündigte nominale Abwertung des Zlotys genommen werden. Einen weiteren Anhaltspunkt bietet die im Rahmen des neuen Lohnverhandlungssystems angekündigte Nominalsteigerungsrate; diese liegt für das Jahr 1995 bei 27 vH.

Wirtschaftspolitik

Das Problem der anhaltend hohen Preissteigerungen steht im Mittelpunkt der wirtschaftspolitischen Diskussion in Polen. Zur entschiedenen Inflationsbekämpfung hat die Regierung daher im Juni 1995 mit einem weiteren Antiinflationsprogramm wichtige Schritte eingeleitet. Versucht wird, mit einem Paket aus lohn-, finanz-, geld- und währungspolitischen Forderungen und Maßnahmen sowie Preiskontrollen, Preisstopps und der Aussetzung bestimmter Importzölle die Inflationserwartungen zu brechen, um so die Preisdynamik ohne nachhaltige Gefährdung des Wachstums zu bremsen. Damit zielt dieses Programm — ohne explizit darauf hinzuweisen — auf eine „konzertierte Aktion“ aller maßgeblichen wirtschaftspolitischen Akteure.

Preispolitik

Das polnische Preissystem entspricht im wesentlichen dem westlicher Industrieländer: Die Preise für die Mehrzahl der Güter und Dienstleistungen werden auf Märkten gebildet. Auf ausgewählte Güter werden spezielle Verbrauchsteuern erhoben⁵. Insbesondere staatliche Dienstleistungen werden zu administrierten Preisen angeboten⁶. Durch Genehmigungsverfahren für Preiserhöhungen bei Monopolanbietern und ein System flexibler Importzölle

wird in Einzelfällen auf die heimische Preisentwicklung Einfluß genommen.

Das Antiinflationsprogramm zielt in seinem preispolitischen Teil auf eine verschärfte Kontrolle der Preisentwicklung bei staatlichen Angebotsmonopolen und Kontrollen bzw. Stopps für bestimmte administrierte Preise. Es ist im wesentlichen mit einem Preisstopp für öffentliche Anbieter gleichzusetzen. Dies scheint in zweifacher Hinsicht problematisch: Einerseits sind gerade in den betroffenen Bereichen (Post, Bahn, Telekommunikation usw.) Modernisierungsinvestitionen dringend notwendig, für die die entsprechenden Investitionsrücklagen bei einem Preisstopp kaum gebildet werden können. Andererseits kann der verfügte Preisstopp dazu führen, daß heute noch kostendeckend operierende Unternehmen rasch in die Verlustzone geraten. Transferzahlungen aus dem Staatshaushalt wären dann notwendig, um das Angebot dieser Unternehmen aufrechtzuerhalten.

Die Bedeutung der Erhöhung administrierter Preise für die Entwicklung des Verbraucherpreisindex spiegelt sich im Abstand zwischen dem Anstieg des Produzentenpreisindex für die Industrie und dem Verbraucherpreisindex (vgl. Tabelle 1). Ursache hierfür ist der jeweils zugrunde gelegte Warenkorb; die Verbraucherpreisentwicklung ist wesentlich durch Erhöhungen administrierter Preise bzw. durch genehmigungspflichtige Preissteigerungen mitbestimmt. Mit den im Antiinflationsprogramm vorgesehenen Preisstopps kann zwar kurzfristig die Verbraucherpreisentwicklung erheblich beeinflußt werden; ob Inflationserwartungen so gebrochen werden können, hängt von der Flankierung durch andere stabilisierungspolitische Maßnahmen ab.

⁵ Spezielle Verbrauchsteuern werden u.a. auf Benzin, Bier, Wein und Zigaretten erhoben.

⁶ Zu den administrierten Preisen zählen die Preise für Strom, Gas, Fernwärme und Heißwasser, Preise für einzelne Medikamente, teilweise die Mieten sowie Fernsehgebühren etc.

Lohnpolitik

Mit Jahresbeginn 1995 wurde die Lohnzuwachssteuer „popiwek“ abgeschafft und durch ein neues System zentralisierter Verhandlungen über den zukünftigen jährlichen maximalen Lohnzuwachs ersetzt. Seitdem werden die Verhandlungen über die maximale Nominallohnsteigerung von einer Kommission geführt, die sich aus Vertretern der Regierung, der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber zusammensetzt. Jeweils im August wird die Obergrenze des Lohnzuwachses für das folgende Kalenderjahr festgelegt. Diese Obergrenze gilt sowohl für staatliche als auch für private Unternehmen. Verhandlungen über die tatsächlichen Lohnzuwächse finden auf der Unternehmensebene statt. Wird die zugelassene Obergrenze überschritten und dadurch die Finanzlage des Unternehmens gefährdet, so soll die Leitungsebene zur Verantwortung gezogen werden.

Zugelassen waren nach dieser neuen Regelung für 1995 zunächst Lohnsteigerungen um 23,5 vH. Die Nominallohnentwicklung in den ersten Monaten des Jahres 1995 zeigte allerdings, daß auch nach Einführung dieser neuen lohnpolitischen Regelung nicht die angestrebte Dämpfung der Lohnzuwächse zu beobachten war; die Lohnkontrolle konnte bislang allenfalls in einzelnen Betrieben durchgesetzt werden. Infolge der ungebrochenen Lohn- und Preisentwicklung wurde Ende Juli 1995 die gültige Obergrenze für Nominallohnzuwächse auf 27 vH erhöht. Damit wurde die Verbindlichkeit der einmal getroffenen Vereinbarungen in Frage gestellt, und es wurden auch für zukünftige Lohnsteigerungsvorgaben Nachverhandlungen wahrscheinlich gemacht. Gerade weil die Arbeitnehmer in den staatlichen Betrieben über eine starke Verhandlungsposition verfügen, ist es daher wahrscheinlich, daß von dieser Seite die offiziell festgesetzte Obergrenze bei den konkreten Lohnverhandlungen auf der Unternehmensebene eher als Untergrenze für ihre Lohnforderungen interpretiert wird. Darüber hinaus erfordert der eingeführte Sanktionsmechanismus einen hohen Verwaltungsaufwand, der seine Funktionsfähigkeit stark begrenzen dürfte. Die Durchsetzung von Sanktionsmaßnahmen dürfte gegenüber privaten Unternehmen weitgehend unmöglich sein. Bemerkenswert ist allerdings, daß die Löhne im privaten Sektor im Juni 20 vH unter den gesamtwirtschaftlichen Durchschnittslöhnen lagen. Dies kann auch darauf zurückzuführen sein, daß Teile der Löhne in Form von Gewinnbeteiligungen ausgezahlt werden.

Finanzpolitik

Im ersten Halbjahr 1995 deutet sich eine leichte Verschlechterung der Situation des polnischen Staatshaushalts an: Im Zeitraum Januar bis Juni 1995 standen im Vergleich zur entsprechenden Vorjahresperiode real etwa konstanten Einnahmen leicht gestiegene Ausgaben gegenüber⁷. Etwa 10 vH der Ausgaben waren nicht durch Einnahmen gedeckt (Juni 1994: 8 vH).

In den ersten sechs Monaten von 1995 sind — bei real konstanten Gesamteinnahmen — sowohl das Aufkommen an indirekten Steuern (+5 vH) als auch die Einnahmen aus der Einkommensteuer real gestiegen (+6 vH). Teilweise geht dieses höhere Aufkommen auf die verbesserte gesamtwirtschaftliche Entwicklung zurück. Im Falle der Einkommensteuer führten aber auch Steuererhöhungen zu Mehreinnahmen. Der Anteil der Körperschaftsteuer am Gesamtsteueraufkommen ist rückläufig. Schon 1994 hatten verbesserte Abschreibungsmöglichkeiten den Rückgang des Körperschaftsteueraufkommens nachhaltig beeinflusst. 1995 kam es zu weiteren steuerrechtlichen Entlastungen auch durch die Erweiterung der steuerlichen Abzugsfähigkeit von investitionsrelevanten Kosten⁸. Insgesamt hat sich seit Transformationsbeginn die Struktur des Steueraufkommens nachhaltig verändert (vgl. Tabelle 4); insbesondere ist die Steuerbelastung des Unternehmenssektors erheblich zurückgegangen.

Die transformationsbedingte Veränderung der Staatsaufgaben zeigt sich in einem deutlichen Wandel der Ausgabenstruktur des polnischen Staatshaushalts (vgl. Tabelle 4). So läßt sich seit 1990 ein nachhaltiger Rückgang der „objektgebundenen Subventionen“ feststellen. Angeachsen sind dagegen gleichzeitig — vor allem in den ersten Transformationsjahren — die „subjektgebundenen Transfers“, die sich auch in den Ausgaben für die „Soziale Sicherung“ und in dem insbesondere 1994 starken Anwachsen der „Sonstigen Ausgaben“ widerspiegeln.

Unter „Soziale Sicherung“ werden die Transfers erfaßt, die der Staatshaushalt an den „Allgemeinen Sozialversicherungsfonds“ leistet. Über diesen Fonds werden die Renten- und Pensionszahlungen abgewickelt. Verursacht durch den demographisch und transformationsbedingten Anstieg der Zahl der Leistungsempfänger⁹, den Rückgang der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sowie die Koppelung der Rentenentwicklung an die Nominallohnsteigerung ist die Finanzlage dieses Fonds durch ein chronisches Defizit gekennzeichnet. Dieses Defizit macht gegenwärtig Transfers von Haushaltsmitteln in einer Größenordnung von etwa 20 vH der Gesamtausgaben erforderlich. Sollen diese Transferzahlungen nicht weiter wachsen, ist eine Reform des polnischen Rentenrechts notwendig¹⁰.

⁷ Deflationiert mit dem Verbraucherpreisindex.

⁸ Vgl. Rzeczpospolita vom 2. Februar 1995.

⁹ Zur Entlastung des Arbeitsmarktes wurde in erheblichem Umfang von der Frühpensionierung Gebrauch gemacht. Dadurch und bedingt durch die demographische Entwicklung stieg die Zahl der Rentner und Pensionäre von 1990 bis 1994 um mehr als 25 vH auf etwa 9 Mill.

¹⁰ In der Diskussion ist eine staatlich garantierte Mindestrente, die durch Leistungen privater Zusatzversicherungen ergänzt werden soll.

Tabelle 4

Staatshaushalt¹⁾
 Ausgewählte Einnahmen und Ausgaben in vH der Gesamteinnahmen bzw. -ausgaben

	1989	1990	1991	1992	1993	1994 ²⁾	1995 1. Halbjahr
<i>Gesamteinnahmen</i>	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Indirekte Steuern ³⁾	29,3	20,2	29,0	33,0	38,7	42,6	44,4
Lohnsteuer	10,9	9,1	10,0	1,0			
Gewinnsteuer ⁴⁾	37,8	43,1	25,5				
Einkommensteuer				23,1	26,0	27,5	28,0
Körperschaftsteuern				16,2	13,6	10,8	9,9
Dividenden	5,6	6,6	6,0	2,7	1,5	0,9	
Zölle		1,9	8,1	8,6	9,5	7,7	6,7
Popiwek (Lohnzuwachssteuer)	0,2	4,5	12,8	5,4	2,2		
Privatisierungserlöse			0,8	1,5	1,7	2,5	
Sonstige Einnahmen	16,1	14,6	7,8	8,5	6,7	7,8	11,0
<i>Gesamtausgaben</i>	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Objektgebundene Subventionen	26,8	9,4	3,9	1,4	1,4	0,8	0,9
Transfers für Wohnungen und kommunale Dienstleistungen	3,4	2,8	3,0	2,4	1,2	0,7	
Soziale Sicherung	7,2	10,1	15,0	19,2	20,7	20,7	21,0
Laufende Ausgaben	46,4	48,3	58,4	54,4	53,6	34,3 ⁶⁾	
Transfers an Gemeinden			2,8	2,0	2,2	3,2	
Investitionen	9,5	8,4	6,5	5,1	4,8	4,5	
Schuldendienst			3,0	8,7	11,9	13,4	17,8
für Auslandskredite			3,0	3,1	2,4	2,7	3,8
für Inlandskredite		1,1		5,7	9,5	10,7	14,1
Sonstige Ausgaben	6,8	19,8	7,4	6,8	4,2	22,4 ⁶⁾	60,3
Saldo in vH der Ausgaben	-10,6	1,3	-12,8	-18,1	-8,6	-8,3	-10,0
Saldo in vH des BIP	-3,0	0,4	-3,8	-6,0	-2,8	-2,8	.
Gesamteinnahmen in vH des BIP	25,4	33,2	25,6	27,4	29,5	30,8	.
Gesamtausgaben in vH des BIP	28,5	32,8	29,3	33,2	32,3	33,6	.

¹⁾ Die Zeitreihen der Entwicklung des Staatshaushalts sind nur begrenzt in sich konsistent: Bis 1990 wurden unter dem Begriff Staatshaushalt die Summe aus dem zentralen Haushalt und den Einzelhaushalten aller nachgeordneten Gebietskörperschaften erfaßt. Mit der Änderung des Haushaltsrechts 1991 wurden die Gemeindehaushalte aus dem Staatshaushalt ausgegliedert, so daß unter diesem Begriff die Summe des zentralen Haushalts und der Haushalte der Wojewodschaften fallen. Vgl. Dziennik Ustaw Rzeczypospolitej Polskiej, Nr. 4, poz. 18, 1991. — ²⁾ Vorläufig. — ³⁾ Unter Indirekte Steuern wurden bis Juli 1993 die Umsatzsteuer und die Lotterien- und Wettsteuer (seit 1992) erfaßt. Seit Juli 1993 werden unter diesen Posten die Mehrwertsteuer und Akzisen, die Lotterien- und Wettsteuer und seit Januar 1994 die Importsteuer zusammengefaßt. — ⁴⁾ Für 1989 einschließlich Popiwek. — ⁵⁾ Nicht vergleichbar mit den Vorjahren durch Neuabgrenzung der Bereiche im polnischen Haushaltsrecht.

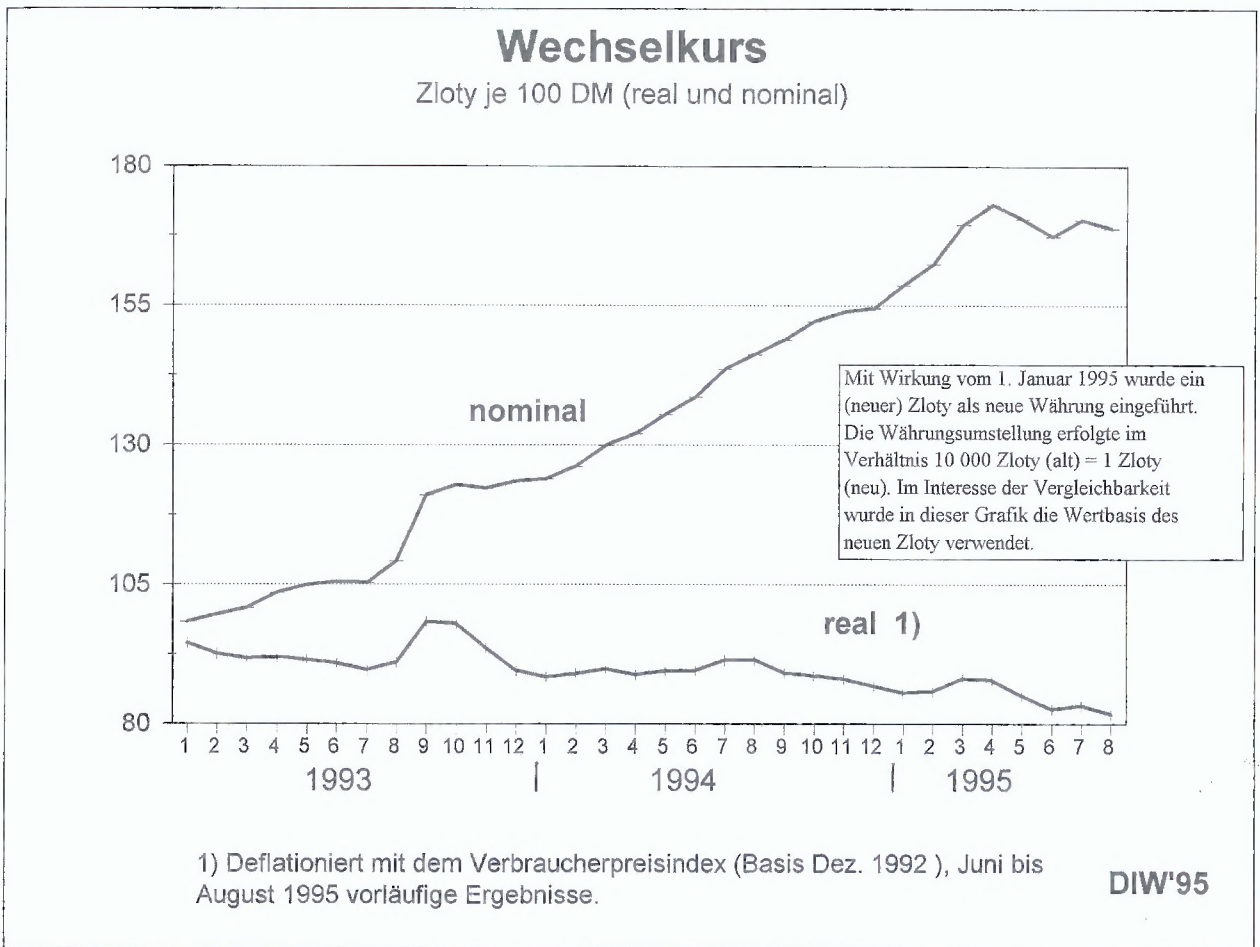
Quellen: Nationale Statistiken und Berechnungen des DIW.

Zinszahlungen für inländische Staatspapiere ließen 1994 den „Schuldendienst“ zu einem mit großer Dynamik zunehmenden Budgetposten werden. Inzwischen entfallen auf den „inneren Schuldendienst“ etwa 14 vH der Gesamtausgaben. Eine wesentliche Ursache dieses Anstiegs ist, daß die Nationalbank nicht mehr zur Vergabe präferentieller Kredite an den Staatshaushalt gezwungen ist. Die von der Zentralbank erworbenen Schatzwechsel werden zu marktüblichen Bedingungen verzinst. Die Entwicklung dieses Haushaltspostens ist daher vollständig von den auf dem Finanzmarkt zu erzielenden Renditen für Staatspapiere und daher maßgeblich von geldpolitischen Signalen abhängig. Zwar bestimmen diese Zinseinnah-

men die Höhe des in den Haushalt abgeführten Zentralbankgewinns mit. Doch bedingt durch die Inflation und die Verzögerung zwischen Zinsausgaben und Einnahmen aus dem Zentralbankgewinn können erhebliche reale Haushaltsbelastungen entstehen.

„Soziale Sicherung“ und „Schuldendienst“ machten zusammen im 1. Halbjahr 1995 etwa 40 vH der Gesamtausgaben aus. Da jede Steigerung der Nominallohne zu einer Anpassung der Renten führt und jede Zinsveränderung die aus dem Schuldendienst resultierende Belastung verändert, hängt die Entwicklung beider Ausgabenposten nicht allein von finanzpolitischen Entscheidungen ab. Konse-

Schaubild 1



quenterweise wurde daher im Antiinflationsprogramm auch zur Konsolidierung des Staatshaushaltes eine strafere Begrenzung der Nominallohnzuwächse und eine Zinssenkung der Nationalbank gefordert.

Geld- und Währungspolitik

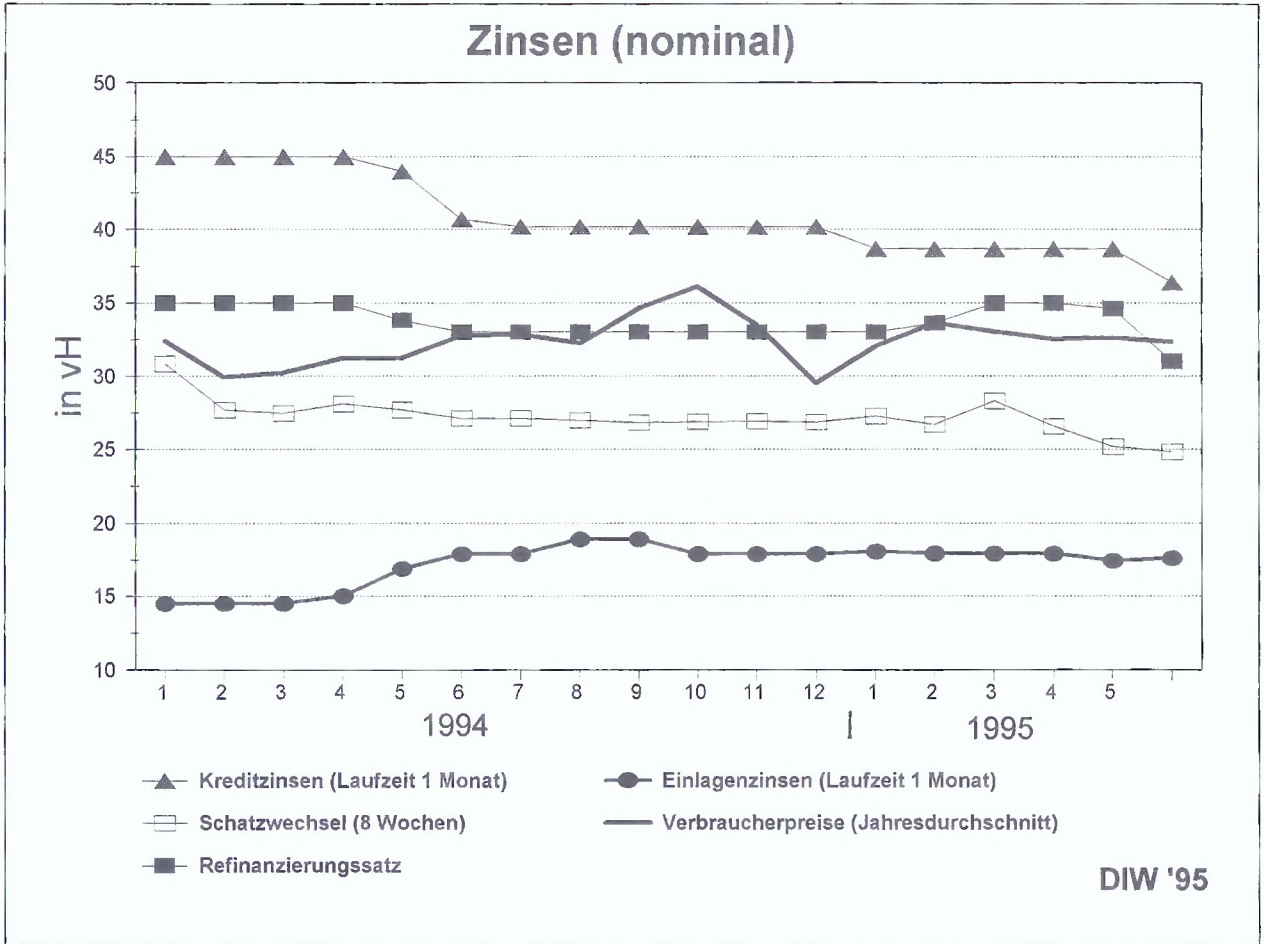
Die Politik der polnischen Nationalbank zielt darauf ab, trotz einer moderaten Inflationsbekämpfung das gerade in Gang gekommene Wachstum nicht zu gefährden. Für 1994 hatte die polnische Nationalbank geplant, die Geldmenge M3 um etwa 30 vH auszuweiten, um so bei einem erwarteten Wachstum in der Größenordnung von 5 vH die Preisentwicklung auf etwa 23 vH zu begrenzen. Tatsächlich stieg M3 im Jahre 1994 um 38,2 vH, das Wachstum lag bei etwa 5 vH, und die Verbraucherpreise zogen um 32,2 vH an. Die Entwicklung der Geldmenge hängt wesentlich von der Zins- und Reservepolitik der Zentralbank ab. Darüber hinaus kann die Geldmengenentwicklung bei dem in Polen implementierten Wechselkursregime eines „crawling-

peg“ vom Zufluß ausländischer Währungen beeinflusst werden.

Daher wurde — auch um spekulativen Kapitalzuflüssen entgegenzutreten — Mitte Mai 1995 das crawling-peg-Regime gelockert und eine 7prozentige Bandbreite eingeführt. In der Folge wurde die ohnehin vorhandene reale Aufwertungstendenz des Zlotys verstärkt; erstmals stieg daraufhin sogar der nominale Wechselkurs des Zlotys gegenüber der D-Mark (vgl. Schaubild 1). Dem währungspolitischen Schritt von Mitte Mai 1995 folgte eine kräftige Senkung der Zentralbankzinsen zum Monatsende; sie wurden jeweils um 4 Prozentpunkte herabgesetzt. Der allgemeine Refinanzierungssatz beträgt nun 31 vH, der Diskontsatz 27 vH und der Lombardsatz 30 vH. Bereits im Juni 1995 führte dieser Schritt zu einer negativen Realverzinsung von Refinanzierungskrediten (vgl. Schaubild 3).

Hoch sind die Überschußreserven des Bankensektors. Zwar geht die Entstehung dieser zusätzlichen Reserven

Schaubild 2



teilweise auf die Veränderung der Reservehaltungspflicht zurück. Doch dürften sich in dieser Entwicklung auch Friktionen im Zahlungssystem, der unzureichende Einsatz geldpolitischer Instrumentarien, institutionelle Defizite im Geschäftsbankensektor sowie eine Risikovorsorge der Geschäftsbanken bezüglich etwaiger Liquiditätsengpässe spiegeln. Ein Indikator für die echte „Überliquidität“ des Bankensektors sind die deutlich unter dem Refinanzierungssatz liegenden Zinsen auf dem Interbankenmarkt (vgl. Schaubild 2)¹¹.

Trotz dieser „Überliquidität“ liegen die Zinsen für (Unternehmens-) Kredite im real deutlich positiven Bereich (vgl. Schaubild 3). Die Höhe der Differenz zwischen Kreditverzinsung und der Zinsen für staatliche Wertpapiere deutet auf eine erhebliche Risikoprämie hin, die der Bankensektor bei einer Kreditvergabe an den Unternehmenssektor berechnet. Darüber hinaus zeigt sich der Geschäftsbankensektor eher zurückhaltend bei der Kreditvergabe an Unternehmen. Unter diesen Umständen — hohe Realverzinsung, schlechter Zugang zu Krediten und kurze Laufzei-

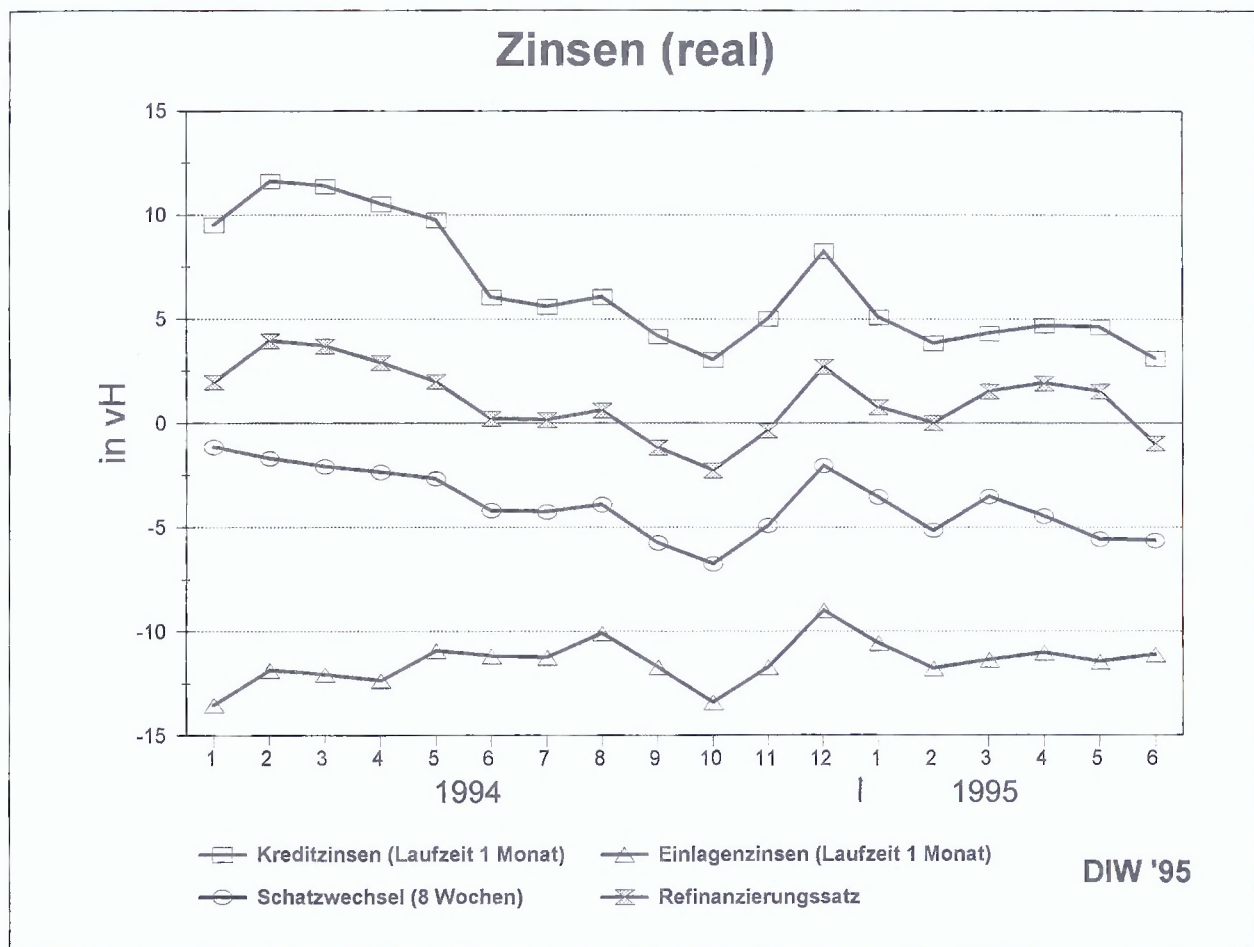
ten — gehen von der Kreditpolitik der Geschäftsbanken eher hemmende Effekte auf die Investitionstätigkeit aus.

Fazit

Polen kann im sechsten Jahr der Transformation erhebliche realwirtschaftliche Erfolge vorweisen. Insbesondere Exporte und Investitionen zogen deutlich an. Damit diese Erfolge für die Zukunft gesichert werden können, sind jetzt Bedingungen für eine langfristige Investitionsbelebung zu schaffen. Die Finanzpolitik hat durch Steuerentlastungen bereits in der Vergangenheit Anreize zur Investition gegeben und zu einer Verbesserung der Gewinnsituation des Unternehmenssektors beigetragen. Dieses Instrument muß jetzt durch weitere wirtschaftspolitische Maßnahmen

¹¹ Die Zinsen sowohl für kurzfristige Schatzwechsel als auch die Interbankenzinsen sind real negativ. Doch sind diese Anlageformen trotz der negativen Realverzinsung für die Banken durchaus attraktiv; die Verzinsung der Depositen liegt noch deutlich unter den Geldmarktzinsen.

Schaubild 3



unterstützt werden. Im Antiinflationsprogramm der Regierung wird daher ein ganzes Maßnahmenbündel gefordert. Durch stärkere Kontrollen des Lohnzuwachses und Preisstopps soll der Inflationsentwicklung entgegengewirkt werden, um so den Handlungsspielraum für die Geldpolitik auszuweiten.

Tatsächlich zeichnet sich nach Implementierung des Antiinflationsprogramms eine Abschwächung der Preisent-

wicklung ab. Die Verbraucherpreise lagen im August um 25,7 vH über dem Vorjahresniveau. Inzwischen hat die polnische Nationalbank den so entstandenen Zinssenkungsspielraum genutzt: Die drei wichtigen Zentralbankzinssätze wurden um jeweils 2 Prozentpunkte gesenkt. Falls die Lohnpolitik jetzt diese Entwicklung nicht konterkariert, eröffnet sich die Möglichkeit zur Fortsetzung der schrittweisen Stabilisierung ohne Gefährdung des Wachstums.

Aus den Veröffentlichungen des DIW Sonderhefte

Erscheinen als neue Folge wieder seit 1948.

- Nr. 137 **Berechnung der Kosten für die Wege des Eisenbahn-, Straßen-, Binnenschiffs- und Luftverkehrs in der Bundesrepublik Deutschland für das Jahr 1981.** Von Heinz Enderlein. 59 S. 1983. (3-428-05494-6). DM 22,60 / öS 177,— / sFr 23,—.
- Nr. 138 **Die Bedeutung des innerdeutschen Handels für die Wirtschaft der DDR.** Von Doris Cornelsen, Horst Lambrecht, Manfred Melzer und Cord Schwartau. 203 S. 1983. (3-428-05485-7). DM 84,— / öS 656,— / sFr 84,—.
- Nr. 139 **Beurteilung der Wirtschaftlichkeitsschwelle und Analyse der Produktionskapazitäten bei neuen Technologien zur Energieeinsparung in mittel- und längerfristiger Sicht.** Von Hans-Joachim Ziesing. 458 S. 1983. (3-428-05497-0). DM 198,— / öS 1.545,— / sFr 198,—.
- Nr. 140 **Neuorientierung in den Beziehungen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den Entwicklungsländern.** Von Fritz Franzmeyer, Hans J. Petersen (Hrsg.). 251 S. 1984. (3-428-05638-8). DM 44,60 / öS 348,— / sFr 45,—.
- Nr. 141 **Messen und Ausstellungen als expansive Dienstleistungen.** Von Uwe Müller. 100 S. 1985. (3-428-05799-6). DM 22,60 / öS 177,— / sFr 23,—.
- Nr. 142 **Präferenzregelung der Forschungs- und Entwicklungsförderung in Berlin.** Von Kurt Hornschild. 68 S. 1985. (3-428-05800-3). DM 19,80 / öS 155,— / sFr 20,—.
- Nr. 143 **Regionale Beschäftigungsentwicklung und produktionsorientierte Dienstleistungen.** Von Franz-Josef Bade. 280 S. 1987. (3-428-06201-9). DM 56,— / öS 437,— / sFr 56,—.
- Nr. 144 **Der Beitrag der Europäischen Gemeinschaft zur Bekämpfung des Hungers in der Welt.** Von Peter Hrubesch und Siegfried Schultz (Hrsg.). 259 S. 1987. (3-428-06311-2). DM 54,— / öS 422,— / sFr 54,—.
- Nr. 145 **Die Beseitigung von Steuergrenzen in der Europäischen Gemeinschaft — Vorteile und Probleme einer Harmonisierung von Mehrwertsteuer und Verbrauchsteuern im europäischen Binnenmarkt.** Von Rüdiger Parsche, Bernhard Seidel und Dieter Teichmann unter Mitarbeit von Georg Erber und Hansjörg Haas. 468 S. 1988. (3-428-06387-2). DM 82,60 / öS 645,— / sFr 83,—.
- Nr. 146 **Die Auswirkungen des Binnenmarktes auf die Entwicklung der Regionen in der Europäischen Gemeinschaft.** Von Fritz Franzmeyer. (Hrsg.). 252 S. 1991. (3-428-07253-7). DM 62,— / öS 484,— / sFr 62,—.
- Nr. 147 **Nationalstaat und Interdependenz — kooperative Interaktionsmuster in der EG-Handelspolitik.** Von Christian Siebert und Eirik Svindland. 250 S. 1992. (3-428-07380-0). DM 72,— / öS 562,— / sFr 72,—.
- Nr. 148 **Familie und Erwerbstätigkeit im Umbruch.** Von Notburga Ott und Gert Wagner (Hrsg.). 252 S. 1992. (3-428-07479-3). DM 72,— / öS 562,— / sFr 72,—.
- Nr. 149 **Rigide Preise, flexible Mengen — Ansätze zu einer dynamischen Analyse von Angebots- und Nachfrageschocks.** Von Heiner Flassbeck, Gustav Adolf Horn, Rudolf Zwiener. 254 S. 1992. (3-428-07521-8). DM 72,— / öS 562,— / sFr 72,—.
- Nr. 150 **Die Idee der Cash-flow-Steuer vor dem Hintergrund des gegenwärtigen Steuersystems.** Von Stefan Bach. 474 S. 1993. (3-428-07984-5). DM 98,— / öS 765,— / sFr 98,—.
- Nr. 151 **Das Konvergenzproblem — Wirtschaftspolitik im Europa von Maastricht.** Von Fritz Franzmeyer (Hrsg.). 324 S. 1994. (3-428-08018-1). DM 88,— / öS 687,— / sFr 88,—.
- Nr. 152 **Selbstverpflichtungen der Industrie zur CO₂-Reduktion.** Von Michael Kohlhaas und Barbara Praetorius. 192 S. 1994. (3-428-08075-0). DM 76,— / öS 593,— / sFr 76,—.
- Nr. 153 **Wirtschaftliche Auswirkungen einer ökologischen Steuerreform.** Von Stefan Bach, Michael Kohlhaas, Volker Meinhardt, Barbara Praetorius, Hans Wessels und Rudolf Zwiener. 234 S. 1995. (3-428-08292-3). DM 84,— / öS 656,— / sFr 84,—.
- Nr. 154 **Transferleistungen in die neuen Bundesländer und deren wirtschaftliche Konsequenzen.** Von Volker Meinhardt, Bernhard Seidel, Frank Stille und Dieter Teichmann. 104 S. 1995. (3-428-08293-1). DM 64,— / öS 500,— / sFr 64,—.
- Nr. 155 **Technologische Zusammenarbeit von Berliner Unternehmen mit den Reformstaaten Mittel- und Osteuropas.** Von Alexander Eickelpasch und Ingo Pfeiffer. 100 S. 1995. (3-428-08411-X). DM 64,— / öS 500,— / sFr 64,—.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-14195 Berlin

Telefon (0 30) 89 789-0 — Telefax (0 30) 89 789-200

Präsident: Prof. Dr. Lutz Hoffmann.

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Heiner Flassbeck, Dr. Fritz Franzmeyer, Dr. Kurt Hornschild,
Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Eckhard Kutter, Dr. Rolf-Dieter Postlep, Dr. Wolfram Schrettl, Dr. Bernhard Seidel, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

Hat Westdeutschland ein Standortproblem? Bearbeitet von Ludger Lindlar. —

Polen: Realwirtschaftliche Erfolge — Monetäre Probleme. Bearbeitet von Mechthild Schrooten.

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Carl-Heinrich-Becker-Weg 9, D-12165 Berlin, Telefon (0 30) 7 90 00 60.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: ZIPPEL-Druck, Oranienburger Str. 170, D-13437 Berlin.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 150,—, vierteljährlich DM 45,—, Einzelnummer DM 5,—.

Zuzüglich Versandkosten

ISSN 0012-1304